

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Vertrag vom 13. April 2005

zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und dem Königreich der Niederlande

über den Zusammenschluss der deutschen Bundesstraße B 56n

und der niederländischen Regionalstraße N 297n

an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke

A. Problem und Ziel

Nach Verhandlungen auf politischer und fachlicher Ebene wurde der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über den Zusammenschluss der deutschen Bundesstraße B 56n und der niederländischen Regionalstraße N 297n an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke am 13. April 2005 in Bonn unterzeichnet.

Die Bundesstraße B 56n auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Regionalstraße N 297n auf dem Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande werden an der gemeinsamen Staatsgrenze im Raum Selfkant/Echt-Süsteren zusammengeschlossen. Zu diesem Zweck wird auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande eine grenzüberschreitende Brücke über den Rodebach errichtet. Die Fertigstellung der Grenzbrücke ist unter Berücksichtigung des jeweiligen nationalen Rechtsverfahrens für das Jahr 2007 geplant. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Vertragsstaaten auch die Anschlussstrecken auf deutschem und niederländischem Hoheitsgebiet errichten. Deutschland wird bis zum Jahr 2007 zunächst die Anbindung an die Straße Schinveld – Koningsbosch fertig stellen.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Jeder Vertragsstaat trägt die Hälfte der Kosten für den Bau und die Erneuerung der Brücke. Bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer trägt allein die Bundesrepublik Deutschland. Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten für die Brücke einschließlich der Kosten für die Verkehrssicherung und den Winterdienst trägt vorbehaltlich einer anderweitigen Vereinbarung die Bundesrepublik Deutschland. Das Königreich der Niederlande erstattet der Bundesrepublik Deutschland Verwaltungskosten in Höhe von 3 vom Hundert der auf sie entfallenden Bau- und Erneuerungskosten ohne deutsche Umsatzsteuer. Auf die Bundesrepublik Deutschland als Straßenbaulastträger kommen Kosten in Höhe von ca. 1,2 Millionen Euro zu.

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen für die sozialen Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise sowie auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 22. Juni 2006

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 13. April 2005
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich
der Niederlande über den Zusammenschluss der deutschen
Bundesstraße B 56n und der niederländischen Regionalstraße
N 297n an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung
einer Grenzbrücke

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Der Bundesrat hat in seiner 823. Sitzung am 16. Juni 2006 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 13. April 2005
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über den Zusammenschluss
der deutschen Bundesstraße B 56n
und der niederländischen Regionalstraße N 297n
an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 13. April 2005 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über den Zusammenschluss der deutschen Bundesstraße B 56n und der niederländischen Regionalstraße N 297n an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeiner Teil

Durch dieses Gesetz werden die Regelungen des am 13. April 2005 unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über den Zusammenschluss der deutschen Bundesstraße B 56n und der niederländischen Regionalstraße N 297n an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke in nationales Recht umgesetzt.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 106 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil der Vertrag Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Der Vertrag hat insoweit Auswirkungen auf den Haushalt des Bundes, als die Bundesrepublik Deutschland die Hälfte der Kosten für den Bau der Brücke und deren Erneuerung trägt. Bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer trägt allein die Bundesrepublik Deutschland. Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten für die Brücke einschließlich der Kosten für die Verkehrssicherung und den Winterdienst trägt vorbehaltlich einer anderweitigen Vereinbarung auch die Bundesrepublik Deutschland.

Das Königreich der Niederlande erstattet der Bundesrepublik Deutschland Verwaltungskosten in Höhe von 3 vom Hundert der auf sie entfallenden Bau- und Erneuerungskosten ohne deutsche Umsatzsteuer.

Auf die Bundesrepublik Deutschland als Straßenbaulastträger kommen Kosten in Höhe von ca. 1,2 Millionen Euro zu.

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über den Zusammenschluss der deutschen Bundesstraße B 56n
und der niederländischen Regionalstraße N 297n
an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke

Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
betreffende de aansluiting van de Duitse rijksweg B 56n
en de Nederlandse regionale weg N 297n
op de gemeenschappelijke landsgrens door de bouw van een grensbrug

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande –

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden

von der Absicht geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten sowie den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern und um das transeuropäische Straßennetz zu vervollständigen,

in dem Wunsch, die guten nachbarschaftlichen Verbindungen zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Gegenstand
und Ziel des Vertrages

(1) Die Bundesstraße B 56n auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Regionalstraße N 297n auf dem Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande werden an der gemeinsamen Staatsgrenze im Raum Selfkant/Echt-Süstereu zusammengeschlossen. Zu diesem Zweck wird auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande eine grenzüberschreitende Brücke über den Rodebach errichtet.

(2) Die Trasse wird auf deutschem Hoheitsgebiet nördlich von Millen der Gemeinde Selfkant liegen, auf niederländischem Hoheitsgebiet nördlich von Sittard. Der Zusammenschluss der Bundesstraße B 56n und der Regionalstraße N 297n soll bei Kilometer 0,000/0,000 erfolgen. Für die endgültige Linienführung und den Bau der deutschen Bundesstraße B 56n und der niederländischen Regionalstraße N 297n sind die von den zuständigen deutschen und niederländischen Behörden durchgeführten Rechtsverfahren maßgeblich.

(3) Ein Übersichtsplan mit Darstellung des Querschnitts im Grenzbereich ist Bestandteil dieses Vertrages. Die Anpassung des Regelquerschnitts im Grenzbereich erfolgt auf deutscher Seite. Weitere Einzelheiten stimmen die jeweils zuständigen deutschen und niederländischen Behörden, die für die Durchführung der Baumaßnahme verantwortlich sind, miteinander ab.

Geleid door de wens het wegverkeer tussen de beide Staten alsmede het doorgaand verkeer over hun grondgebieden te vereenvoudigen en het trans-Europese wegennet te completeren,

Verlangend de goede onderlinge betrekkingen als nabuurlanden te bevorderen,

Zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1
Onderwerp
en doel van het Verdrag

1. De rijksweg B 56n op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland en de regionale weg N 297n op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden worden op de gemeenschappelijke landsgrens in de omgeving van Selfkant/Echt-Süstereu op elkaar aangesloten. Ten dien einde wordt op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland en op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden een grensoverschrijdende brug over de Roode Beek gebouwd.

2. Het tracé verloopt op Duits grondgebied ten noorden van Millen, gemeente Selfkant, en op Nederlands grondgebied ten noorden van Sittard. De aansluiting tussen de rijksweg B 56n en de regionale weg N 297n geschiedt ter hoogte van kilometer 0,000/0,000. Bepalend voor de definitieve tracering en voor de bouw van de Duitse rijksweg B 56n en de Nederlandse regionale weg N 297n zijn de wettelijke procedures als gevolgd door de aan Duitse en Nederlandse zijde bevoegde autoriteiten.

3. Een overzicht met het dwarsprofiel in het grensgebied maakt deel uit van dit Verdrag. De aanpassing van het normale dwarsprofiel in het grensgebied geschiedt aan Duitse zijde. Nadere bijzonderheden komen de aan Duitse en Nederlandse zijde respectievelijk bevoegde autoriteiten belast met de uitvoering van de bouwwerkzaamheden gezamenlijk overeen.

(4) Die Vertragsstaaten stellen die Grenzbrücke im Jahr 2007 fertig, unter Berücksichtigung des jeweiligen nationalen Rechtsverfahrens (Planfeststellungsverfahren). Sie errichten bis zu diesem Zeitpunkt auch die Anschlussstrecken auf deutschem und niederländischem Hoheitsgebiet; auf deutschem Hoheitsgebiet ist bis zum Jahr 2007 zunächst die Anbindung an die Straße Schinveld – Koningsbosch fertig zu stellen.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Vertrages haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. Die „Grenzbrücke“ ist die den Rodebach überspannende Brücke im Raum Selfkant/Echt-Süsteren zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande; zu ihr zählen auch die zur Grenzbrücke gehörigen Anlagen, das sind die Böschungen an den Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten sowie Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen und Verkehrssicherungseinrichtungen im Bereich der Grenzbrücke.
2. Zur „Bauausführung“ gehören insbesondere die Vermessung, die Planung sowie der Entwurf, die Ausschreibung, die Auftragsvergabe, die Prüfung der Ausführungsunterlagen, der Bau, die Bauüberwachung und die Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen.
3. Die „Erhaltung“ umfasst alle Arbeiten, die zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke und der zugehörigen Anlagen erforderlich sind. Dazu gehören alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung und den entsprechenden technischen Stand der Grenzbrücke unter Wahrung der Tragfähigkeit gewährleisten, ohne die Abmessungen und die statischen Verhältnisse der Grenzbrücke wesentlich zu verändern sowie die Reinigung und der Winterdienst.
4. „Zuständige Stelle“ bedeutet in Übereinstimmung mit dem Recht der Vertragsstaaten die Behörden oder Verwaltungskörperschaften, denen insbesondere die Verpflichtung zur Finanzierung, der Planung, des Baus oder der Erhaltung der Grenzbrücke obliegt.

Artikel 3

Planung und Bauausführung

(1) Voruntersuchungen und Geländeaufnahmen führen die Vertragsstaaten jeweils auf ihrem Hoheitsgebiet auf ihre Kosten durch.

(2) Die zuständige Stelle der Bundesrepublik Deutschland übernimmt

- a) Planung,
- b) Ausschreibung,
- c) Auftragsvergabe,
- d) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
- e) Bauüberwachung,
- f) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen und
- g) Entwurf der Kostenteilung nach Maßgabe dieses Vertrages

für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellen des Einverständnisses mit der zuständigen Stelle des Königreichs der Niederlande.

(3) Die Grenzbrücke wird nach den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden rechtlichen und technischen Vorschriften geplant, gebaut und abgenommen. Für einzelne Bauteile können die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten die Anwendung niederländischer Vorschriften vereinbaren.

4. De Verdragsluitende Staten voltooiën de grensbrug in 2007 met inachtneming van de desbetreffende nationale wettelijke procedure (planologische kernbeslissing). Tot dat tijdstip dienen tevens de aansluitingswegen op Duits en Nederlands grondgebied gerealiseerd te zijn; op Duits grondgebied dient de aansluiting op de weg Schinveld – Koningsbosch vooralsnog vóór 2007 te zijn voltooid.

Artikel 2

Begripsomschrijvingen

Voor de toepassing van dit Verdrag hebben onderstaande begrippen de volgende betekenis:

1. De „Grensbrug“: is de brug over de Roode Beek in de omgeving van Selfkant/Echt-Susteren tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden; hiertoe behoren tevens de tot de grensbrug behorende voorzieningen, te weten de berm, de beschoeiingen, opritten alsmede afwaterings- en verlichtingsinstallaties en installaties ten behoeve van de verkeersveiligheid in de omgeving van de grensbrug.
2. Onder de „uitvoering“ vallen in het bijzonder opmeting, planning en ontwerp, aanbesteding, gunning, controle van het bouwbestek, bouw, bouwtoezicht en controle van de afrekening van de overeengekomen prestaties.
3. Het „onderhoud“ omvat alle voor de instandhouding, reparatie en renovatie van de grensbrug en de bijbehorende voorzieningen noodzakelijke werkzaamheden. Hiertoe behoren alle werkzaamheden ter waarborging van een deugdelijk gebruik en van de hiervoor vereiste technische staat van de grensbrug met inachtneming van het draagvermogen ervan zonder dat de afmetingen en de statische eigenschappen van de grensbrug hierdoor wezenlijk worden veranderd, alsmede de reiniging en ruimingswerkzaamheden tijdens de winter.
4. „Bevoegde instantie“ betekent in overeenstemming met het recht van de Verdragsluitende Staten de autoriteiten of bestuurlijke lichamen die in het bijzonder zijn belast met de verplichting tot financiering, planning, bouw of onderhoud van de grensbrug.

Artikel 3

Planning en uitvoering

1. De Verdragsluitende Staten voeren elk op hun grondgebied voor eigen rekening voorbereidende onderzoeken en opmetingen van het terrein uit.

2. De bevoegde instantie van de Bondsrepubliek Duitsland draagt in verband met de grensbrug zorg voor:

- a. de planning;
- b. de aanbesteding;
- c. de gunning;
- d. de controle van het bouwbestek;
- e. het bouwtoezicht;
- f. de controle van de afrekening van de overeengekomen prestaties; en
- g. het ontwerp van de kostenverdeling op basis van dit Verdrag;

een en ander nadat overeenstemming met de bevoegde instantie van het Koninkrijk der Nederlanden is bereikt.

3. De grensbrug wordt overeenkomstig de in de Bondsrepubliek Duitsland geldende rechtsvoorschriften en technische voorschriften gepland, gebouwd en gekeurd. Voor afzonderlijke constructieonderdelen kunnen de bevoegde instanties van de Verdragsluitende Staten de toepassing van Nederlandse voorschriften overeenkomen.

Artikel 4**Baurecht und Grunderwerb**

(1) Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, dass rechtzeitig die nach seinen rechtlichen Vorschriften zum Bau der Grenzbrücke erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse vorliegen und die Abnahmen durchgeführt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat sorgt auf seine Kosten dafür, dass auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen. Die Vermessung und Vermarkung der benötigten Grundstücke führt jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet und auf seine Kosten durch.

Artikel 5**Abnahme**

Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von der zuständigen Stelle der Bundesrepublik Deutschland nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten Recht der Bundesrepublik Deutschland in Anwesenheit der Auftragnehmer abgenommen. Das Königreich der Niederlande wird bei der Abnahme durch seine zuständige Stelle vertreten sein. Die Bundesrepublik Deutschland überwacht die Gewährleistungsfristen für die Grenzbrücke und macht Gewährleistungsansprüche auch im Namen des Königreichs der Niederlande geltend.

Artikel 6**Erhaltung und Verkehrssicherung**

(1) Mit der Abnahme der Grenzbrücke übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die Erhaltung der Grenzbrücke einschließlich der Verkehrssicherung. Die Grenze für diese Tätigkeiten ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers auf dem Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande. Diese Arbeiten erfolgen im Einvernehmen mit dem Königreich der Niederlande.

(2) Die jeweils zuständigen Behörden können über Art, Umfang und Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen einschließlich der Verkehrssicherung nach Absatz 1 ergänzende oder die Zuständigkeit ändernde Vereinbarungen schließen.

(3) Der zuständige Vertragsstaat, der für die Grenzbrücke erhaltungspflichtig und damit für die Verkehrssicherung im gesamten Brückenbereich verantwortlich ist, stellt den anderen Vertragsstaat von Ansprüchen Dritter frei.

Artikel 7**Kosten**

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Bau und die Erneuerung der Grenzbrücke jeweils zur Hälfte. Bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

(2) Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten für die Grenzbrücke einschließlich der Kosten für die Verkehrssicherung und den Winterdienst trägt die Bundesrepublik Deutschland, sofern sich aus einer Vereinbarung nach Artikel 6 Absatz 2 nichts anderes ergibt.

(3) Das Königreich der Niederlande erstattet der Bundesrepublik Deutschland Verwaltungskosten in Höhe von drei vom Hundert der nach Absatz 1 auf sie entfallenden Bau- und Erneuerungskosten ohne deutsche Umsatzsteuer.

(4) Vorhandene Unterlagen für den Bau und die Erhaltung der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt.

Artikel 4**Bouwrecht en grondaankoop**

1. Elke Verdragsluitende Staat draagt zorg voor een tijdige verlening van de krachtens zijn rechtsvoorschriften voor de bouw van de grensbrug vereiste vergunningen en verloven en voor een tijdige uitvoering van de opleveringskeuringen.

2. Elke Verdragsluitende Staat draagt er voor eigen rekening zorg voor dat het voor de bouw van de grensbrug blijvend of tijdelijk benodigde bouwterrein op zijn grondgebied tijdig ter beschikking staat. Elke Verdragsluitende Staat voert de opmeting en afbakening van het benodigde bouwterrein op zijn grondgebied voor eigen rekening uit.

Artikel 5**Opleveringskeuring**

Na voltooiing van de bouwwerkzaamheden wordt de grensbrug door de bevoegde instantie van de Bondsrepubliek Duitsland in aanwezigheid van de aannemers gekeurd volgens het voor openbaar aanbestede bouwwerken geldende recht van de Bondsrepubliek Duitsland. Het Koninkrijk der Nederlanden wordt bij de opleveringskeuring vertegenwoordigd door zijn bevoegde instantie. De Bondsrepubliek Duitsland waakt over de vrijwaringstermijnen voor de grensbrug en doet vrijwaringaanspraken mede namens het Koninkrijk der Nederlanden gelden.

Artikel 6**Onderhoud en verkeersveiligheid**

1. Vanaf de opleveringskeuring van de grensbrug draagt de Bondsrepubliek Duitsland zorg voor het onderhoud van de grensbrug, met inbegrip van de verkeersveiligheid. Als grens voor deze werkzaamheden fungeert het einde van de grensbrug met inbegrip van het landhoofd op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden. Deze werkzaamheden geschieden in overleg met het Koninkrijk der Nederlanden.

2. De respectievelijk bevoegde autoriteiten kunnen aanvullende overeenkomsten of overeenkomsten tot wijziging van de bevoegdheid sluiten betreffende de aard, omvang en uitvoering van de onderhoudswerkzaamheden, met inbegrip van werkzaamheden in verband met de verkeersveiligheid als bedoeld in het eerste lid.

3. De bevoegde Verdragsluitende Staat die verantwoordelijk is voor het onderhoud van de grensbrug en daardoor voor de verkeersveiligheid rond de brug, vrijwaart de andere Verdragsluitende Staat voor aanspraken van derden.

Artikel 7**Kosten**

1. Elke Verdragsluitende Staat draagt de helft van de kosten voor de bouw en renovatie van de grensbrug. Bij de verdeling van de kosten dient de bij de kosten inbegrepen Duitse omzetbelasting buiten beschouwing gelaten te worden. Deze belasting wordt door de Bondsrepubliek Duitsland alleen gedragen.

2. De onderhoudskosten voor de grensbrug, met inbegrip van de kosten voor de verkeersveiligheid en de ruimingskosten in de winter worden gedragen door de Bondsrepubliek Duitsland, tenzij bij een overeenkomst zoals bedoeld in artikel 6, tweede lid, anders is overeengekomen.

3. Het Koninkrijk der Nederlanden vergoedt de Bondsrepubliek Duitsland exploitatiekosten ten bedrage van drie procent van de overeenkomstig het eerste lid voor haar rekening komende bouw- en renovatiekosten exclusief de Duitse omzetbelasting.

4. Beschikbare bescheiden in verband met de bouw en het onderhoud van de grensbrug worden over en weer kosteloos ter beschikking gesteld.

Artikel 8**Zahlungen**

(1) Das Königreich der Niederlande erstattet der Bundesrepublik Deutschland den von ihm zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden. Ein Zeitplan für die Fälligkeit und die voraussichtliche Höhe der Abschlagszahlungen wird von der deutschen zuständigen Stelle bei Auftragsvergabe erstellt.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Königreich der Niederlande zwei Monate im Voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und es dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Das Königreich der Niederlande zahlt den Rest seines Kostenanteils nach Schlussabnahme und Abrechnung.

(4) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstreitigen Beträge nicht zurückbehalten werden.

(5) Das Königreich der Niederlande erhält Zweitstücke der Bauverträge, der Bestellurkunden und der geprüften Abrechnungsunterlagen.

Artikel 9**Betretungsrecht, Arbeitsgenehmigungen**

(1) Die bei dem Bau und der Erhaltung der Grenzbrücke beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten wie auch alle anderen an den vorgenannten Tätigkeiten beteiligten Personen, die weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in dem Königreich der Niederlande noch in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich für einen Zeitraum von insgesamt bis zu 90 Tagen auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates liegt, ohne dass sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und von den Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze berechtigt. Bei einem längerfristigen Aufenthalt dieser Personen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates sind zusätzlich die nach dem Recht des Vertragsstaates erforderlichen Aufenthaltsgenehmigungen mitzuführen. Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der oben genannten Aufgaben die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle überschreiten und sich auf der Baustelle aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates liegt, wenn sie die nach dem Recht des Vertragsstaates erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Arbeitnehmer unterliegen den deutschen Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung an ausländische Arbeitnehmer, unabhängig davon, ob die Arbeiten auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder des Königreichs der Niederlande ausgeführt werden. Personen, welche die Erhaltung von Grenzbrücken planen und durchführen und die damit zusammenhängenden Kontrollen ausüben, benötigen keine Arbeitsgenehmigung des anderen Staates, den sie nach Absatz 1 berechtigt betreten dürfen.

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrages in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gelangt sind und die die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

Artikel 8**Betalingen**

1. Het Koninkrijk der Nederlanden vergoedt de Bondsrepubliek Duitsland het door eerstgenoemde te betalen aandeel in de termijnen die al naargelang de voortgang van de bouw aan de aannemers worden betaald. De aan Duitse zijde bevoegde instantie stelt bij de gunning een tijdschema op waaruit de vervaldata en de vermoedelijke hoogte van de termijnen blijken.

2. De Bondsrepubliek Duitsland stelt het Koninkrijk der Nederlanden twee maanden van tevoren in kennis van de geschatte kapitaalbehoefte in verband met de termijnen en informeert het bij die gelegenheid over de stand van de betalingen in de vorm van overzichten waaruit hoogte en tijdstip van de betalingen blijken.

3. Het Koninkrijk der Nederlanden betaalt de rest van zijn aandeel in de kosten na de definitieve opleveringskeuring en afrekening.

4. In geval van meningsverschillen mogen de onbetwiste bedragen niet worden ingehouden.

5. Het Koninkrijk der Nederlanden ontvangt afschriften van de bouwcontracten, de bestelformulieren en de gecontroleerde afrekeningsnota's.

Artikel 9**Recht van toegang, tewerkstellingsvergunningen**

1. De bij de bouw en het onderhoud van de grensbrug betrokken onderdanen van de Verdragsluitende Staten alsook alle overige bij voornoemde werkzaamheden betrokken personen die noch in de Bondsrepubliek Duitsland, noch in het Koninkrijk der Nederlanden, noch in een van de lidstaten van de Europese Unie of van de Europese Economische Ruimte visumplichtig zijn, mogen ten behoeve van de uitoefening van de taken uit hoofde van dit Verdrag de landsgrens in de omgeving van het bouwterrein voor de grensbrug overschrijden en voor de duur van in totaal ten hoogste 90 dagen op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat gelegen gedeelte van het bouwterrein verblijven zonder dat hiervoor een verblijfsvergunning vereist is, indien zij een geldig en door de Verdragsluitende Staten erkend document bij zich dragen dat recht geeft op overschrijding van de landsgrens. In geval van een langduriger verblijf van bedoelde personen op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat dienen zij aanvullend de naar het recht van die Verdragsluitende Staat vereiste verblijfsvergunningen bij zich te dragen. Onderdanen van andere staten mogen ten behoeve van de uitoefening van bovengenoemde taken de landsgrens in de omgeving van het bouwterrein overschrijden en op het op het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat gelegen gedeelte van het bouwterrein verblijven, indien zij de naar het recht van die Verdragsluitende Staat vereiste documenten en verlopen bij zich dragen.

2. De in het eerste lid genoemde werknemers zijn onderworpen aan de Duitse rechtsvoorschriften inzake de verlening van een tewerkstellingsvergunning aan buitenlandse werknemers, ongeacht of de werkzaamheden op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland of van het Koninkrijk der Nederlanden worden uitgevoerd. Personen die het onderhoud van grensbruggen plannen en uitvoeren en de hiermee verband houdende controles uitvoeren, behoeven niet in het bezit te zijn van een tewerkstellingsvergunning van de andere Staat waarvoor zij overeenkomstig het eerste lid een recht van toegang hebben.

3. De Verdragsluitende Staten verplichten zich personen die op grond van dit Verdrag toegang tot het grondgebied van de andere Verdragsluitende Staat hebben gekregen en de bepalingen van dit Verdrag hebben overtreden of aldaar onrechtmatig verblijven, te allen tijde zonder formaliteiten terug te nemen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden und den jeweils örtlich zuständigen Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

Artikel 10

Steuer- und Zollbestimmungen

(1) Ohne den Verlauf der Staatsgrenzen zwischen den jeweiligen Hoheitsgebieten zu verändern, gelten der Baustellenbereich der Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst, soweit sie sich auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande erstrecken, für die Anwendung des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland und des Mehrwertsteuerrechts des Königreichs der Niederlande als Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Grenzbrücke oder für ihre Instandsetzung und Erneuerung bestimmt sind.

(2) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmung des Absatzes 1. Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmung des Absatzes 1 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

Artikel 11

Datenschutz

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jedes Vertragsstaates erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren „Daten“ genannt, im Rahmen dieses Vertrages nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle eines Vertragsstaates unterrichtet die übermittelnde Stelle des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Vertrag bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines nationalen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung unverzüglich vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich

4. Details met betrekking tot de handhaving van de openbare orde en veiligheid in de omgeving van de grensbrug worden door de plaatselijk bevoegde douaneautoriteiten en de plaatselijk respectievelijk bevoegde politieautoriteiten in goed overleg geregeld.

Artikel 10

Belasting- en douanebepalingen

1. Zonder het verloop van de staatsgrenzen tussen de onderscheiden grondgebieden te wijzigen worden de omgeving van het bouwterrein van de grensbrug en na voltooiing ervan de grensbrug zelf, voor zover deze zich tot het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden uitstrekken, ten aanzien van de toepassing van het omzetbelastingrecht van de Bondsrepubliek Duitsland en van het BTW-recht van het Koninkrijk der Nederlanden geacht tot het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland te behoren, voor zover het leveringen van zaken en overige prestaties betreft die voor de bouw van de grensbrug of voor de reparatie en renovatie ervan bestemd zijn.

2. De bevoegde belasting- en douaneautoriteiten van de Verdragsluitende Staten treden in overleg en verschaffen elkaar alle nodige informatie en ondersteuning bij de toepassing van hun rechts- en dienstvoorschriften uit hoofde van het bepaalde in het eerste lid. Vertegenwoordigers van deze autoriteiten zijn gerechtigd zich op het bouwterrein op te houden en aldaar de maatregelen uit hoofde van het bepaalde in het eerste lid te nemen als voorzien in hun rechts- en dienstvoorschriften.

Artikel 11

Gegevensbescherming

Op de verstrekking en het gebruik van persoonsgegevens (hierna te noemen „gegevens“) uit hoofde van dit Verdrag zijn behoudens het nationale recht van elke Verdragsluitende Staat de volgende bepalingen van toepassing:

1. De ontvangende instantie van een Verdragsluitende Staat informeert de verstrekende instantie van de andere Verdragsluitende Staat op verzoek over het gebruik van de verstrekte gegevens en de hiermee bereikte resultaten.
2. Het gebruik van de gegevens door de ontvangende instantie is slechts toegestaan voor de in dit Verdrag genoemde doelen en onder de door de verstrekende instantie opgelegde voorwaarden. Het gebruik ervan is voorts toegestaan ter voorkoming en vervolging van ernstige strafbare feiten alsmede ter afwending van aanzienlijke gevaren voor de openbare veiligheid.
3. De verstrekende instantie is verplicht erop toe te zien dat de te verstrekken gegevens juist zijn en dat de verstrekking ervan noodzakelijk is en in verhouding staat tot het ermee beoogde doel. Hierbij dienen de naar het desbetreffende nationale recht geldende bepalingen inhoudende een verbod op de verstrekking van de gegevens in acht genomen te worden. De verstrekking van de gegevens blijft achterwege indien de verstrekende instantie reden heeft aan te nemen dat zulks in strijd met het doel van een nationale wet zou zijn of afbreuk zou doen aan voor bescherming vatbare belangen van de betrokken personen. Indien blijkt dat er onjuiste gegevens of gegevens zijn verstrekt die niet hadden mogen worden verstrekt, dient de ontvangende instantie hiervan onverwijld in kennis gesteld te worden. Zij is verplicht de gegevens onverwijld te corrigeren of te vernietigen.
4. De betrokkene dient op verzoek geïnformeerd te worden over de ten aanzien van zijn persoon beschikbare gegevens alsmede over het hiermee beoogde gebruiksdoel. De verstrekking van dergelijke informatie kan worden geweigerd indien het staatsbelang om de informatie niet te verstrekken zwaarder weegt dan het belang van de verzoeker. Voor het

das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
8. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen aufgrund dieses Vertrages rechtswidrig geschädigt, ist ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässig übermittelten Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Betrag des geleisteten Ersatzes.

Artikel 12

Gemeinsame Grenzbrückenkommission

(1) Die Vertragsstaaten bilden eine Gemeinsame Grenzbrückenkommission, die in regelmäßigen Abständen zusammentritt. Auf Antrag eines Vertragsstaates wird die Gemeinsame Grenzbrückenkommission einberufen. Die Gemeinsame Grenzbrückenkommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Jeder Vertragsstaat bestellt drei Mitglieder, die weitere Sachverständige hinzuziehen können.

(3) Die Gemeinsame Grenzbrückenkommission behandelt jede Frage, die sich aus der Auslegung und Anwendung dieses Vertrages ergibt. Sie begleitet die Umsetzung und die Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages und nimmt insbesondere die ihr nach diesem Vertrag zugewiesenen Aufgaben wahr. Die Gemeinsame Grenzbrückenkommission klärt bei Bedarf Fragen, die sich hinsichtlich der Finanzierung, des Baues und der Erhaltung der Grenzbrücke ergeben, insbesondere zu:

- a) dem Standort, den Abmessungen und den Merkmalen der Grenzbrücke,
- b) der Bauausführung,
- c) den Zahlungen und Zahlungsbedingungen,
- d) den Grundsätzen für die Abnahme der Bauleistungen,
- e) der Übergabe und Übernahme der Grenzbrücke sowie
- f) den Grundsätzen für die Erhaltung des Bauwerks und der zugehörigen Anlagen.

(4) Die jeweils zuständigen deutschen und niederländischen Behörden sind verpflichtet, der Gemeinsamen Grenzbrückenkommission die notwendigen Unterlagen vorzulegen, um die Sitzungen der Kommission vorzubereiten.

overige wordt het recht van de betrokkene op informatie bepaald door het nationale recht van de Verdragsluitende Staat op wiens grondgebied het verzoek om informatie wordt ingediend.

5. De verstrekende instantie wijst bij de verstrekking van de gegevens op de naar haar nationale recht geldende termijnen voor het bewaren van deze gegevens, na afloop waarvan de gegevens moeten worden gewist. De verstrekte gegevens dienen ongeacht bedoelde termijnen gewist te worden zodra ze niet meer nodig zijn voor het doel waarvoor ze zijn verstrekt.
6. De verstrekende en ontvangende instantie waarborgen dat verstrekking en ontvangst van de gegevens in een akte worden vastgelegd.
7. De verstrekende en ontvangende instantie zijn verplicht de verstrekte gegevens effectief tegen onbevoegde toegang, onbevoegde wijziging en onbevoegde openbaarmaking te beschermen.
8. Indien iemand in verband met de verstrekking van gegevens uit hoofde van dit Verdrag wederrechtelijk schade wordt toegebracht, is de ontvangende instantie jegens hem verplicht de schade overeenkomstig haar nationale recht te vergoeden. Zij kan zich er tegenover de benadeelde niet op beroepen dat de schade door de verstrekende instantie is veroorzaakt. Indien de ontvangende instantie schadevergoeding betaalt wegens schade die door het gebruik van onjuist of onterecht verstrekte gegevens is veroorzaakt, stelt de verstrekende instantie de ontvangende instantie schadeloos voor het bedrag van de betaalde schadevergoeding.

Artikel 12

Gemeenschappelijke grensbrugcommissie

1. De Verdragsluitende Staten stellen een gemeenschappelijke grensbrugcommissie in die met regelmatige tussenpozen bijeenkomt. Op verzoek van een van de Verdragsluitende Staten wordt de gemeenschappelijke grensbrugcommissie bijeengeroepen. De gemeenschappelijke grensbrugcommissie stelt een reglement van orde vast.

2. Elke Verdragsluitende Staat benoemt drie leden die andere deskundigen kunnen consulteren.

3. De gemeenschappelijke grensbrugcommissie behandelt iedere kwestie die voortvloeit uit de uitlegging en toepassing van dit Verdrag. De commissie begeleidt de tenuitvoerlegging en de naleving van de bepalingen van dit Verdrag en vervult in het bijzonder de taken die haar uit hoofde van dit Verdrag zijn toegewezen. De gemeenschappelijke grensbrugcommissie houdt zich zo nodig bezig met kwesties die in verband met de financiering, de bouw en het onderhoud van de grensbrug rijzen, in het bijzonder met betrekking tot:

- a. de locatie, de afmetingen en de eigenschappen van de grensbrug;
- b. de uitvoering;
- c. de betalingen en betalingsvoorwaarden;
- d. de uitgangspunten voor de opleveringskeuring van het werk;
- e. de overdracht en aanvaarding van de grensbrug; alsmede
- f. de uitgangspunten voor het onderhoud van het bouwwerk en de bijbehorende voorzieningen.

4. De desbetreffende bevoegde Duitse en Nederlandse autoriteiten zijn verplicht de noodzakelijke stukken aan de gemeenschappelijke grensbrugcommissie over te leggen ter voorbereiding van de vergaderingen van de commissie.

Artikel 13**Streitbeilegung**

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung und die Anwendung dieses Vertrages wird auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zur Schlichtung vorgelegt.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines Dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er Meinungsverschiedenheiten einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so nimmt dessen Vertreter die Ernennungen vor. Besitzt auch der Vertreter die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so nimmt sein Vertreter die Ernennungen vor.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund bestehender Verträge und des Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend und von den Vertragsstaaten zu befolgen. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des von ihm bestellten Schiedsrichters sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht das Verfahren selbst.

Artikel 14**Geltungsdauer und Vertragsänderungen**

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Änderungen und Ergänzungen des Übersichtsplans nach Artikel 1 Absatz 3 werden im Wege eines Notenwechsels durchgeführt.

Artikel 15**Inkrafttreten**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Den Haag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 13. April 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

Peter Ammon
Manfred Stolpe

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden

Karla Peijs

Artikel 13**Geschillenbeslechting**

1. Elk geschil over de uitlegging en toepassing van dit Verdrag wordt op verzoek van een van de Verdragsluitende Staten ter beslechting voorgelegd aan een scheidsgerecht.

2. Het scheidsgerecht wordt per geval in het leven geroepen doordat iedere Verdragsluitende Staat een lid benoemt en beide leden tezamen overeenstemming bereiken over een onderdaan van een derde Staat als voorzitter die door de Regeringen van de Verdragsluitende Staten wordt benoemd. De leden dienen binnen twee maanden en de voorzitter dient binnen drie maanden benoemd te worden, nadat de ene Verdragsluitende Staat de andere heeft medegedeeld dat hij het geschil wenst voor te leggen aan een scheidsgerecht.

3. Indien de in het tweede lid genoemde termijnen niet in acht worden genomen, kan bij gebrek aan een andere wijze van overeenstemming elke Verdragsluitende Staat de President van het Internationaal Gerechtshof te Den Haag verzoeken de nodige benoemingen te verrichten. Indien de President onderdaan van een van de Verdragsluitende Staten is of indien hij om andere redenen verhindert is, verricht zijn vervanger de benoemingen. Indien ook de vervanger onderdaan van een van beide Verdragsluitende Staten is of eveneens verhindert is, verricht diens vervanger de benoemingen.

4. Het scheidsgerecht beslist met meerderheid van stemmen op grond van bestaande verdragen en het volkenrecht. Zijn beslissingen zijn bindend en dienen door de Verdragsluitende Staten geëerbiedigd te worden. Elke Verdragsluitende Staat draagt de kosten van de door hem benoemde scheidsman alsmede van zijn vertegenwoordiging in de procedure voor het scheidsgerecht; de kosten van de voorzitter alsmede de overige kosten worden door de Verdragsluitende Staten gelijkelijk gedragen. Voor het overige stelt het scheidsgerecht zijn eigen procedureregels vast.

Artikel 14**Geldigheidsduur en wijzigingen van het Verdrag**

1. Dit Verdrag wordt voor onbepaalde duur gesloten. Het kan slechts in onderling overleg tussen de Verdragsluitende Staten gewijzigd, aangevuld of buiten werking gesteld worden.

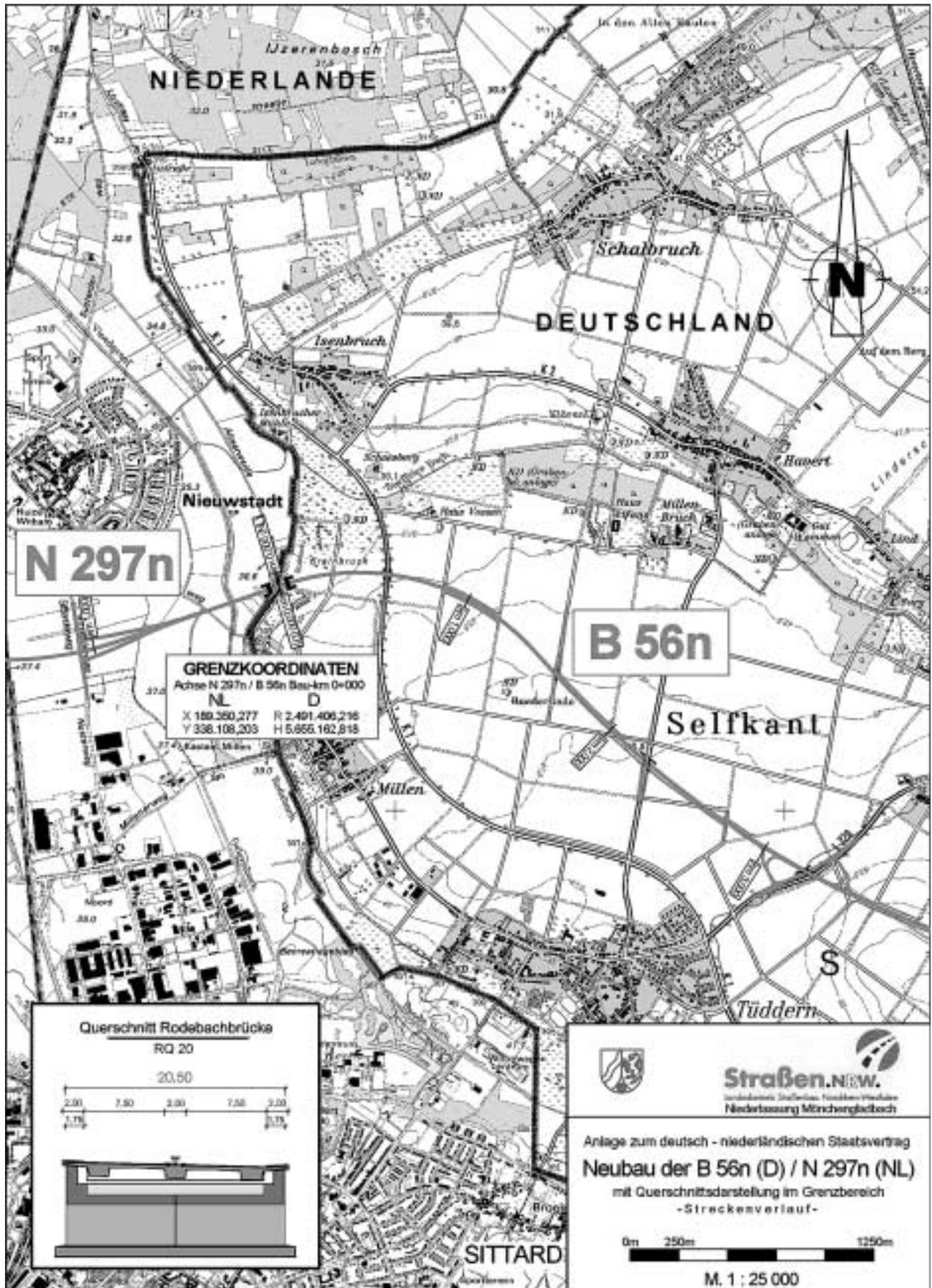
2. Wijzigingen en aanvullingen van het overzicht overeenkomstig artikel 1, derde lid, geschieden bij notawisseling.

Artikel 15**Inwerkingtreding**

1. Dit Verdrag dient bekrachtigd te worden; de akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk in Den Haag uitgewisseld.

2. Dit Verdrag treedt op de eerste dag van de tweede maand na uitwisseling van de akten van bekrachtiging in werking.

Gedaan te Bonn, de 13. April 2005, in tweevoud, in de Duitse en Nederlandse taal, zijnde de twee teksten gelijkelijk authentiek.



Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeiner Teil

Nach Verhandlungen auf politischer und fachlicher Ebene wurde der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über den Zusammenschluss der deutschen Bundesstraße B 56n und der niederländischen Regionalstraße N 297n an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke am 13. April 2005 in Bonn unterzeichnet.

Die Bundesstraße B 56n auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Regionalstraße N 297n auf dem Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande werden an der gemeinsamen Staatsgrenze im Raum Selfkant/Echt-Süsteren zusammengeschlossen. Zu diesem Zweck wird auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande eine grenzüberschreitende Brücke über den Rodebach errichtet. Die Fertigstellung der Grenzbrücke ist unter Berücksichtigung des jeweiligen nationalen Rechtsverfahrens für das Jahr 2007 geplant. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Vertragsstaaten auch die Anschlussstrecken auf deutschem und niederländischem Hoheitsgebiet errichten. Deutschland wird bis zum Jahr 2007 zunächst die Anbindung an die Straße Schinveld – Koningsbosch fertig stellen.

Jeder Vertragsstaat trägt die Hälfte der Kosten für den Bau und die Erneuerung der Brücke. Bei der Aufteilung der Kosten ist die deutsche Umsatzsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer trägt allein die Bundesrepublik Deutschland. Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten einschließlich der Kosten für die Verkehrssicherung und den Winterdienst trägt vorbehaltlich einer anderweitigen Vereinbarung die Bundesrepublik Deutschland. Das Königreich der Niederlande erstattet der Bundesrepublik Deutschland Verwaltungskosten in Höhe von 3 vom Hundert der auf sie entfallenden Bau- und Erneuerungskosten ohne deutsche Umsatzsteuer. Auf die Bundesrepublik Deutschland als Straßenbaulastträger kommen Kosten in Höhe von ca. 1,2 Millionen Euro zu.

Das Straßenbauprojekt liegt auf deutscher Seite in Nordrhein-Westfalen und hat eine besondere Bedeutung für das Fernstraßennetz dieses Landes. Die für den Personen- und Güterverkehr wichtigen Straßenverbindungen zwischen den beiden bedeutenden Wirtschaftspartnern werden durch den Bau der Grenzbrücke deutlich verbessert.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 regelt den Gegenstand und das Ziel des Vertrages: Zusammenschluss der Bundesstraße B 56n und der Regionalstraße N 297n an der gemeinsamen Staatsgrenze im Raum Selfkant/Echt-Süsteren durch den Bau einer grenzüberschreitenden Brücke über den Rodenbach.

Es wird festgelegt, dass die Trasse auf deutschem Hoheitsgebiet nördlich von Millen der Gemeinde Selfkant, auf niederländischem Hoheitsgebiet nördlich von Sittard liegen wird und der Zusammenschluss der Bundesstraße B 56n und der niederländischen Regionalstraße N 297n bei Kilometer 0,000/0,000 erfolgt. Die end-

gültige Linienführung und der Bau der B 56n und der N 297n ergeben sich aus den jeweils durch die zuständigen deutschen und niederländischen Behörden durchgeführten Rechtsverfahren.

Ein Übersichtsplan mit Darstellung des Querschnitts im Grenzbereich ist Bestandteil des Vertrages. Die Anpassung des Regelquerschnitts im Grenzbereich erfolgt auf deutscher Seite.

Die Vertragsstaaten stellen die Grenzbrücke im Jahr 2007 fertig, unter Berücksichtigung des jeweiligen nationalen Rechtsverfahrens (Planfeststellungsverfahrens). Sie errichten bis zu diesem Zeitpunkt auch die Anschlussstrecken auf deutschem und niederländischem Hoheitsgebiet; auf deutschem Hoheitsgebiet ist bis zum Jahr 2007 zunächst die Anbindung an die Straße Schinveld – Koningsbosch fertig zu stellen.

Artikel 2 enthält die Begriffsbestimmungen im Sinne des Vertrages:

1. Erläuterung des Begriffs „Grenzbrücke“ und Beschreibung der dazugehörigen Anlagen.
2. Festlegung, welche Aufgaben unter dem Begriff „Bauausführung“ insbesondere zu verstehen sind.
3. Umfang der Arbeiten, die unter dem Begriff „Erhaltung“ zu verstehen sind.
4. Definition der „Zuständigen Stelle“.

Artikel 3 bestimmt, dass Voruntersuchungen und Geländeaufnahmen durch die Vertragsstaaten jeweils auf ihrem Hoheitsgebiet auf eigene Kosten durchgeführt werden. Die zuständige Stelle der Bundesrepublik Deutschland übernimmt Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Prüfung der Ausführungsunterlagen, Bauüberwachung, Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen und Entwurf der Kostenteilung nach Maßgabe des Vertrages für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellen des Einverständnisses mit der zuständigen Stelle des Königreichs der Niederlande.

Die Grenzbrücke wird nach den deutschen geltenden rechtlichen und technischen Vorschriften geplant, gebaut und abgenommen. Für einzelne Bauteile kann die Anwendung niederländischer Vorschriften vereinbart werden.

Artikel 4 legt fest, dass jeder Vertragsstaat die nach seinen rechtlichen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse zum Bau der Grenzbrücke rechtzeitig vorlegt.

Der Grunderwerb der für den Bau der Grenzbrücke erforderlichen Grundstücke erfolgt auf seinem Hoheitsgebiet durch und auf Kosten des jeweiligen Vertragsstaates. Dies gilt auch für die Vermessung und Vermarkung der benötigten Grundstücke.

Artikel 5 regelt, dass die zuständige Stelle der Bundesrepublik Deutschland für die Abnahme der Brücke und die Überwachung der Gewährleistungsfristen unter Beteiligung des Königreichs der Niederlande zuständig ist. Ferner wird festgelegt, dass die Bundesrepublik

Deutschland die Gewährleistungsansprüche auch im Namen des Königreichs der Niederlande geltend macht.

Artikel 6 enthält die Regelungen zur Erhaltung und Verkehrssicherung. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt mit der Abnahme der Grenzbrücke die Erhaltung der gesamten Grenzbrücke einschließlich der Verkehrssicherung. Die Arbeiten erfolgen im Einvernehmen mit dem Königreich der Niederlande. Die jeweils zuständigen Behörden können ergänzende oder die Zuständigkeit ändernde Vereinbarungen schließen. Der zuständige Vertragsstaat, der für die Grenzbrücke erhaltungspflichtig ist, stellt den anderen Vertragsstaat von Ansprüchen Dritter frei.

Artikel 7 regelt, dass die Kosten für den Bau und die Erneuerung der Grenzbrücke von den Vertragsstaaten jeweils zur Hälfte getragen werden. Die in den Kosten enthaltene deutsche Umsatzsteuer wird bei der Aufteilung der Kosten nicht berücksichtigt und wird allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen. Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten für die Grenzbrücke einschließlich der Kosten für Verkehrssicherung und Winterdienst trägt die Bundesrepublik Deutschland vorbehaltlich einer anderweitigen Vereinbarung. Das Königreich der Niederlande erstattet der Bundesrepublik Deutschland Verwaltungskosten in Höhe von 3 vom Hundert der auf sie entfallenden Bau- und Erneuerungskosten ohne deutsche Umsatzsteuer.

Artikel 8 bestimmt die Zahlungsmodalitäten. Ein entsprechender Zeitplan über die Fälligkeit und die voraussichtliche Höhe der Abschlagszahlungen wird von der deutschen Seite bei Auftragsvergabe erstellt. Dem Königreich der Niederlande wird der geschätzte Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen zwei Monate im Voraus mitgeteilt. Den Rest seines Kostenanteils wird das Königreich der Niederlande nach Schlussabnahme und Abrechnung zahlen.

Artikel 9 enthält die Bestimmungen zum Betretungsrecht und den Arbeitsgenehmigungen (in der am 1. Oktober 2005 in Kraft getretenen „Verordnung vom 22. November 2004 über die Zulassung von neu einreisenden Ausländern zur Ausübung einer Beschäftigung (Beschäftigungsverordnung)“ (BGBl. I S. 2937) wurde der Begriff „Arbeitsgenehmigungen“ durch den Begriff „Aufenthaltstitel zum Zwecke der Beschäftigung“ ersetzt).

Die am Bau und der Erhaltung beteiligten Personen, die nicht der Visumpflicht innerhalb der Europäischen Union unterliegen, dürfen sich zur Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Vertrag für einen Zeitraum von insgesamt bis zu 90 Tagen auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates liegt, wenn sie ein gültiges und von den Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überqueren der Staatsgrenze berechtigt. Staatsangehörige anderer Staaten benötigen die nach dem Recht des Vertragsstaates erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse.

Die Arbeitnehmer unterliegen den deutschen Rechtsvorschriften über die Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Zwecke der Beschäftigung an ausländische Arbeitnehmer.

Personen, die aufgrund des Vertrages in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gelangt sind und die Bestimmungen des Vertrages verletzt haben, oder sich dort rechtswidrig aufhalten, werden jederzeit formlos zurückgenommen.

Einzelfragen zu öffentlicher Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenz- und Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

Artikel 10 enthält steuerliche und zollrechtliche Bestimmungen. Im Zusammenhang mit Bau und Erhaltung der Brücke gelten, ohne den Verlauf der Staatsgrenzen zu ändern, der Baustellenbereich und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst, soweit sie sich auf das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande erstrecken, für die Anwendung des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland und des Mehrwertsteuerrechts des Königreichs der Niederlande als Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Grenzbrücke oder für ihre Instandsetzung und Erneuerung bestimmt sind.

Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung.

Artikel 11 enthält Regelungen zum Datenschutz. Die Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Vertrages erfolgt nach den Bestimmungen dieses Artikels unter Beachtung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften jedes Vertragsstaates.

Artikel 12 regelt die Gründung und die Aufgaben einer aus jeweils drei deutschen und niederländischen Mitgliedern bestehenden Gemeinsamen Grenzbrückenkommission, die sich mit jeder Frage bezüglich der Auslegung und Anwendung des Vertrages beschäftigt. Bei Bedarf klärt sie Fragen hinsichtlich der Finanzierung, des Baues und der Erhaltung der Grenzbrücke.

Artikel 13 enthält das Verfahren bei Streitigkeiten über die Auslegung und die Anwendung des Vertrages.

Streitigkeiten werden auf Verlangen eines Vertragsstaates einem von Fall zu Fall gebildeten Schiedsgericht zur Schlichtung vorgelegt.

Artikel 14 bestimmt die Geltungsdauer des Vertrages und legt fest, dass er nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden kann.

Artikel 15 regelt den Austausch der Ratifikationsurkunden und legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmungen des Vertrages fest.